Deutscher Bundestag **Drucksache 16/3485**

16. Wahlperiode 20. 11. 2006

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Gesine Lötzsch, Dr. Dietmar Bartsch, Roland Claus, Michael Leutert, Karin Binder, Heidrun Bluhm, Eva Bulling-Schröter, Lutz Heilmann, Hans-Kurt Hill, Katrin Kunert, Dorothee Menzner, Dr. Ilja Seifert, Dr. Kirsten Tackmann, Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und der Fraktion DIE LINKE.

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 16/2300, 16/2302, 16/3124, 16/3125 –**

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2007
(Haushaltsgesetz 2007)**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

- Der Haushaltsentwurf der Bundesregierung folgt dem Prinzip der Umverteilung von unten nach oben. Fehlende Einnahmen werden bei den Leistungen für sozial Benachteiligte eingespart. Notwendig ist jedoch eine stärkere Beteiligung der wirtschaftlich Leistungsfähigen an den Kosten des Gemeinwesens.
- Im Haushaltsentwurf der Bundesregierung fehlt ein Programm zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Stattdessen werden Instrumente fortgeschrieben, die sich bereits seit vielen Jahren als untauglich erwiesen haben. Die beschlossene Mehrwertsteuererhöhung wird die Konjunktur abbremsen, zu Insolvenzen und mehr Arbeitslosen führen.
- Im Haushaltsentwurf der Bundesregierung fehlen Ansätze, die dem Auseinanderdriften der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Ost- und Westdeutschland entgegenwirken.

II. Der Deutsche Bundestag beschließt:

Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf

- einen Entwurf für die Rücknahme der beschlossenen Mehrwertsteuererhöhung vorzulegen. Die Deckung erfolgt durch im Haushaltsentwurf noch nicht abgebildete Steuermehreinnahmen;
- ein „Zukunftsinvestitionsprogramm Jugend und Innovation“ aufzulegen;
- Hartz IV insbesondere durch die Förderung und Schaffung neuer Arbeitsplätze zu überwinden;

- die Rüstungsausgaben im Vergleich zum Haushaltsentwurf der Bundesregierung zu senken.

Zukunftsinvestitionsprogramm Jugend und Innovation

Die Bundesregierung wird aufgefordert, ein Programm im Umfang von zusätzlich 7,3 Mrd. Euro jährlich aufzulegen, das sich zusammensetzt aus:

3,0 Mrd. Euro	für eine kommunale Investitionspauschale
1,32 Mrd. Euro	für einen Energiesparfonds und Verdoppelung der Förderung erneuerbarer Energien
1 Mrd. Euro	für ein Programm „Kultur für Kinder“, um allen Kindern wahrhafte Teilhabe und Teilnahme an der vielfältigen Kultur zu ermöglichen.
600 Mio. Euro	für Konversionsmaßnahmen
556 Mio. Euro	für einen attraktiven öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), der auch Gleichstellung sichert (Frauen nutzen den ÖPNV überdurchschnittlich)
389 Mio. Euro	für Hochschulöffnung und Frauenförderung sowie Erhöhung des BAföG
200 Mio. Euro	für Modellprojekte zur Einführung einer flächendeckenden elternbeitragsfreien Kindertagesstättenbetreuung
100 Mio. Euro	für die Gemeinschaftsaufgaben zur Verbesserung der regionalen Infrastruktur und Agrarstruktur in strukturschwache Gebiete in den neuen und alten Bundesländern und gleicher Teilhabe von Frauen und Männern an Arbeit sowie gleichberechtigter Förderung von Genossenschaften
67 Mio. Euro	für die Aufstockung der Förderung der Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern
48 Mio. Euro	für Förderprogramme im Ausbildungsbereich für benachteiligte Jugendliche im Jahr der Chancengleichheit 2007
22 Mio. Euro	für Weiterbildung und Lebenslanges Lernen
19 Mio. Euro	für die Fortsetzung des Stadtumbaus Ost und Nutzung der Erfahrungen in den alten Ländern
10 Mio. Euro	für die Filmförderung
5 Mio. Euro	für die Verkürzung der Dauer der Patentbearbeitung
3 Mio. Euro	für die Errichtung von Sportstätten für den Breitensport „Goldener Plan Ost“ (unter ausgewogener Berücksichtigung von Frauensportarten)
2,5 Mio. Euro	für die Aufstockung der Förderung des Absatzes ostdeutscher Produkte von kleinen und mittleren Unternehmen
0,48 Mio. Euro	für Investitionen der Stiftung für das sorbische Volk

Hartz IV überwinden

Neben der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze durch das Zukunftsinvestitionsprogramm Jugend und Innovation sowie der Schaffung von zusätzlich 150 000 öffentlich geförderten Beschäftigungsverhältnissen sind erforderlich:

5,8 Mrd. Euro	zur Erhöhung der Regelsätze der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) und im Alter auf 420 Euro pro Monat
3,5 Mrd. Euro	Gewährung eines Kinderzuschlags
2,5 Mrd. Euro	für die Verlängerung der Zahlungen von Arbeitslosengeld I
1,5 Mrd. Euro	zur Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung

Gesundheitsreform

7,95 Mrd. Euro	für die Stabilisierung der gesetzlichen Krankenkassen
4,8 Mrd. Euro	für die Entschuldung der gesetzlichen Krankenkassen

Finanzierung

24 Mrd. Euro	durch Erhöhung des Spitzensteuersatzes und Besteuerung von Veräußerungsgewinnen
4,8 Mrd. Euro	durch Einführung einer Sondersteuer zur Abschöpfung der leistungslos erzielten Gewinne der Stromversorger aus dem Emissionshandel
2 Mrd. Euro	durch die Beendigung von Auslandseinsätzen, den Verzicht auf Offensivmittel wie Eurofighter sowie weiterer Einsparungen im Verteidigungsetat
1 Mrd. Euro	durch Ausbau der Steuerfahndung bei Großunternehmen und Banken
102 Mio. Euro	durch Verzicht auf den Neubau des Bundesinnenministeriums und des Bundesnachrichtendienstes in Berlin
100 Mio. Euro	durch Verzicht auf den Transrapid

Angegeben ist jeweils der Änderungsbetrag im Vergleich zum Regierungsentwurf unter Berücksichtigung der Beratungsergebnisse im Haushaltsausschuss.

Berlin, den 20. November 2006

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333